

# BASis Info 10/2016

Neues von der Duisburger SPD-  
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

11.11.2016

Politik, die DU sagt - [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)



Liebe Leserin, lieber Leser,  
die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten hat uns alle überrascht, die meisten Abgeordneten haben sich ein anderes Ergebnis gewünscht. Natürlich freut sich die AfD, während alle anderen mit einer Mischung aus Schock, Enttäuschung und Sorge nach Amerika blicken. Als Demokratin ist es für mich selbstverständlich, dieses Ergebnis zu respektieren.

Alle wissen zurzeit nur, dass sie nichts wissen über die „Blackbox“ Donald Trump. Deutschland und Europa werden sich auf einen schwierigen Partner einstellen müssen. Wir sollten aber selbstbewusst mit der neuen Lage umgehen, Sicherheit und Frieden werden jetzt stärker von uns abhängen. Trotzdem war es besonders am Tag der Pogromnacht eine bittere Erkenntnis: Die Rechtspopulisten sind immer stärker auf dem Vormarsch.

Über die Folgen der US-Wahl werden wir noch lange diskutieren. Hysterie wäre jetzt die falsche Antwort. Als SPD-Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet schaue ich aber schon genau hin, wer Trump und

eben nicht (mehr) die demokratische Partei gewählt hat. Vor allem im industriell geprägten Mittleren Westen konnte Trump punkten und dieser Teil der USA bietet genug Parallelen zum Ruhrgebiet. Als SPD dürfen wir die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht rechts oder links liegen lassen. Das ist keine neue Erkenntnis, aber die US-Wahl ist für mich neuer Ansporn: Wir müssen noch mehr rausfahren, noch mehr zuhören und noch mehr der Probleme mitnehmen in unsere politische Arbeit. Sorgen und Frust über Globalisierung oder Digitalisierung treiben sonst auch bei uns diese Menschen genau in die Arme der Rechtspopulisten mit den einfachen Antworten.

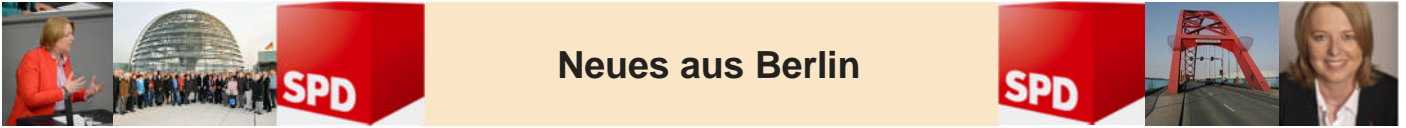
Gleichzeit müssen weiter vernünftige Politik für die Menschen machen. Dazu zählt für mich, dass wir endlich klare Regeln für Leiharbeit/Werkverträge beschlossen haben. Was aber nicht dazu zählt, ist eine unsinnige Diskussion über die Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Das wird es mit der SPD nicht geben. Wir wollen, dass Menschen gesund und fit das Renteneintrittsalter erreichen.

Und an die jungen CDU/CSU-Politiker, die das jetzt fordern (um Verhandlungsmasse aufzubauen): Macht doch mal ein Praktikum im Pflegeheim oder auf dem Bau!

Als SPD müssen wir genau schauen, was wir mit CDU/CSU noch umsetzen können und was erst nach der Bundestagswahl 2017. Und in welcher Koalition. Unter der Abkürzung R2G haben wir am 18. Oktober beim ersten Trialog mit Grünen und Linken über unsere Vorstellungen für unser Land diskutiert. Alle Parteien müssen sich bewegen, auch wir Sozialdemokraten. Bei Themen wie Steuergerechtigkeit, Arbeitnehmerschutz oder Gesundheitspolitik haben wir viele Schnittmengen. Im Dezember wird es eine Fortsetzung geben, wir bleiben im Gespräch. Wenn sich unser Koalitionspartner darüber aufregt, freue ich mich erst einmal über ein Mehr an Unterscheidbarkeit. Mit Blick auf die US-Wahl auch ein wichtiger Punkt.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



## Gesundheitspolitik: AMG, PsychVVG und HHVG

In dieser Sitzungswoche standen gleich drei sehr umfangreiche Gesetzesvorhaben aus dem Gesundheitsbereich im Deutschen Bundestag auf der Tagesordnung.

Die EU-Verordnung über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln haben wir in dieser Woche durch eine Änderung des Arzneimittelgesetzes (AMG) in deutsches Recht überführt. Eine Neuregelung im Gesetz sorgte dabei für eine äußerst kontroverse öffentliche Debatte: Der Gesetzesentwurf sah unter anderem vor, „gruppennützige Forschung“ auch an nicht einwilligungsfähigen Erwachsenen (z.B. Demenz-Erkrankten) unter bestimmten Voraussetzungen zu erlauben.

„Gruppennützige Forschung“ bedeutet, dass sie den Betroffenen selbst keine medizinischen Vorteile bringt, sondern nur anderen Menschen. Bisher durften in Deutschland nicht einwilligungsfähige Erwachsene nur an klinischen Studien teilnehmen, wenn davon ein individueller Nutzen für die jeweilige Person zu erwarten ist. Wie immer bei ethischen Fragen war auch diese Abstimmung eine Gewissensentscheidung und daher freigegeben.

Im Ergebnis haben wir den ursprünglichen Gesetzentwurf konkretisiert, um die PatientInnen zu schützen. Voll-

jährige Personen können jetzt nur nach umfassender ärztlicher Aufklärung und noch im Zustand ihrer Einwilligungsfähigkeit ihr Einverständnis zu einer späteren Teilnahme an diesen Forschungsvorhaben erklären - und zwar in einer schriftlichen Verfügung. Ist die Person zum Zeitpunkt der Studie nicht mehr einwilligungsfähig, prüft der Betreuer, ob die Verfügung auf die aktuelle Situation zutrifft. Die schriftliche Erklärung kann jederzeit widerrufen werden.

Auch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) haben wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag beschlossen. Eine Abschaffung des pauschalierenden Entgeltsystems in der Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) in seiner bisherigen Form hatten SPD, Fachverbände und Betroffene seit langem gefordert.

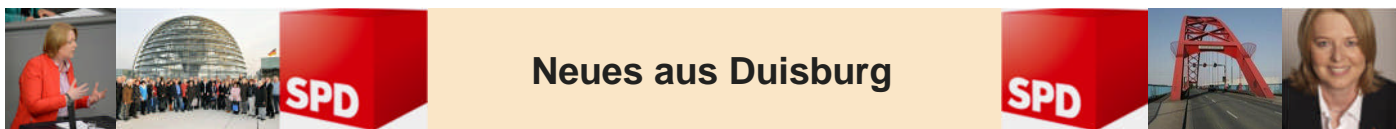
Seelisch kranke Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass sie die Hilfe erhalten, die sie benötigen. Wir haben daher die gesetzlichen Regelungen gezielt auf die Bedürfnisse dieser psychisch kranken Menschen und die Erfordernisse ihrer Behandlung zugeschnitten. Wir stärken mit Mindestpersonalvorgaben eine gute Versorgung und die menschliche Zuwendung.

Behandlungen mit hohem Aufwand sollen künftig besser vergütet werden als weniger aufwändige Behandlungen. Durch besondere Behandlungsteams im häuslichen Umfeld sorgen wir dafür, dass Menschen mit seelischen Leiden und stationärer Behandlungsbedürftigkeit in akuten Krankheitsphasen noch besser versorgt werden.

Und noch ein weiteres Thema hat uns im Deutschen Bundestag beschäftigt: In 1. Lesung haben wir in dieser Woche über das Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz (HHVG) beraten. Unter die Heilmittel fallen beispielsweise Ergo-, Logo- oder auch die Physiotherapie, Hilfsmittel sind Hörgeräte, Prothesen, Rollstühle, aber auch Einlagen bei Inkontinenz.

Für die SPD-Fraktion steht auch hier das Wohl der PatientInnen im Mittelpunkt. Sie sollen die richtigen Hilfen erhalten, damit sie ihren Alltag trotz Einschränkungen selbstbestimmt bewältigen können. Bei Ausschreibungen von Verträgen zur Hilfsmittelversorgung sollen die Krankenkassen zukünftig nicht nur auf den Preis gucken, sondern auch Qualität der Produkte, Kundendienst und Lieferbedingungen berücksichtigen. Zudem soll bei der Ausschreibung eine Auswahl an zuzahlungsfreien Produkten für die PatientInnen sichergestellt werden.





## Neues aus Duisburg



Vom 26. bis zum 29. Oktober besuchte mich eine 50 Personen starke Gruppe aus dem Wahlkreis. Wie immer war die Zusammensetzung bunt gemischt, diesmal waren Mitglieder der Medienszene Duisburg e.V., der Rainbow Zebras oder der Stadtgarde dabei. Wir haben im SPD-Fraktionssaal über aktuelle Themen diskutiert, darunter CETA, Renten- und Gesundheitspolitik. Besonders beeindruckt haben mich die Kindheitserinnerungen eines Besuchers, der die Landverschickung im Krieg erlebt hatte.

Auch mit dem **Jugendring Duisburg** habe ich mich in Berlin getroffen. Wie immer gab es für mich spannende Einblicke in die Themen, die junge Leute in Duisburg aktuell bewegen. Diskutiert haben wir unter anderem das Berufsbildungsgesetz, R2G oder den Mindestlohn.



## Kommunikationsstress im Ruhrgebiet?

Bei einer Diskussionsveranstaltung zum Projekt „Die Gesprächsstörung zwischen Politikern, Bürgern und Journalisten“ der NRW School of Governance stand ein ganz zentraler Aspekt demokratischer Kultur im Fokus: Die Kommunikation. Das Projekt untersucht in einer zweijährigen Studie die Einstellungen der Menschen im Ruhr-

gebiet zu ihren PolitikerInnen und JournalistInnen. Auf mich als Abgeordnete prasseln jeden Tag sehr viele Mails ein, manchmal sogar mit Sätzen wie „Sie müssen mir gar nicht antworten“. Kommunikationsstress pur. Natürlich antworte ich diesen Menschen trotzdem, aber da läuft etwas grundlegend falsch. Dagegen

helfen vor allem Transparenz- und Projekte wie dieses.



## +++Auszug aus meinem Kalender+++

+++13.11.: Rede zum Volkstrauertag auf dem Friedhof in Buchholz+++

+++16.11.: Ausstellungseröffnung „Faire Arbeit—Fairer Wettbewerb“+++

+++18.11.: Vorlesetag in der Heinrich-Heine-Gesamtschule+++

+++14.11.: „Jugend trifft Politik“ im BDKJ Duisburg+++

+++17.11.: Gespräch mit den IGBCE Senioren+++

+++Weitere Termine finden Sie unter [baerbelbas.de](http://baerbelbas.de) +++





## GewerkschaftsjuniorInnen bei der SPD-Fraktion



GewerkschafterInnen bei unserer SPD-Fraktion zu Gast. Sie ist Grundschullehrerin in Hochfeld und engagiert sich ehrenamtlich in der GEW. Hannah hat mich zum Gesundheitsausschuss oder zur Fraktionssitzung begleitet. Zudem hatte die SPD-Fraktion verschiedene Veranstaltungen organisiert, u.a. mit Thomas Oppermann. Der Blick hinter die Kulissen im Sitzungswochen-Stress hat ihr offenbar gefallen: „Es war eine sehr interessante und informative Woche mit spannenden Einblicken.“

In dieser Woche hat Hannah Heisterkamp in meinem Büro

hospitiert. Hannah war mit einer Gruppe von 32 jungen

## Mein Tagebuch

Im Oktober habe ich mit einer Duisburger Politik- und Wirtschaftsdelegation (auf eigene Kosten übrigens) China besucht. Der China-Beauftragte Hans Pflug hatte ein ambitioniertes Programm zusammengestellt, nur unsere Partnerstadt Wuhan war nicht auf das „r“ in meinem Namen vorbereitet.

Die CSU will offenbar besser vorbereitet sein für die Zeit nach der Bundestagswahl 2017. Eine Abgeordnetenkollegin hat mich jetzt schon um eine Autogrammkarte als „Andenken“ gebeten.

5.000 KollegInnen aus Duisburg waren beim Stahlaktionstag in Brüssel auf der Straße. Trotz Regen haben 20.000 Beschäftigte ein klares Signal gesendet: „No Europe without steel“. Ich musste zur Sitzungswoche in Berlin sein, habe aber noch einmal betont: Unser Herz aus Stahl muss selbstverständlich weiterschlagen, wie in diesem tollen IG-Metall-Video: <https://www.youtube.com/watch?v=Upn607HaJW8>



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas



**Impressum:** V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607